

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849

26.4.1849 (No. 98)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 26. April.

N. 98.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einsendungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14., woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1849.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 24. April. Auf den Antrag Bischof's von Tübingen wird die Erklärung der württembergischen Kammer über die Annahme der Reichsverfassung durch Aufstehen gutgeheißen.

Wagt hat in der Tagesordnung das Wort. Er rath, immer im Eindruck der ersten Erregung Beschlüsse zu fassen, wo man einer „That“ fähig sey. Sodann verbreitet er sich über den Vorwurf, daß die Linke mit wehenden Fahnen ins Lager der Kaiserlichen übergegangen. Sie habe sich allezeit der Mehrheit gefügt, selbst nach äußerstem Widerstand. Sie habe auch die Zentralgewalt einsetzen helfen, ihr noch mehr Gewalt zugebracht, und sie darum als verantwortliche Vollzieherin der Beschlüsse der Versammlung hinstellen wollen. Mit allen Kräften habe sie darauf gedrungen, die Grundrechte durchzuführen. Die Einwohner von Stadt- und Provinz (Wahlbezirk Wassermann's) seyen bei der Linken um Exemplare der Grundrechte eingekommen, da ihr Abgeordneter ihnen nur Exemplare der Oberpostamt-Zeitung mit seinen Reden zugesandt habe. Auch jetzt habe die preussische Partei nicht einen von ihnen für die Idee der Erbmonarchie gewonnen, noch jetzt würden sie, gälte es, dagegen reden und stimmen; aber es gelte, das Prinzip der Volkssouveränität durchzuführen, selbst auf die Gefahr hin, daß das Banner im Blut roth würde.

Die Verquickung der Verfassung mit einem Erbkaifer, noch dazu mit einem preussischen, müsse übrigens voraussetzlich der Verfassung selber einen Hemmschub anlegen und gerade den thatkräftigsten Theil der Nation dagegen aufbringen. Auch glaube Niemand, daß mit dieser Verfassung die letzte Entwicklung des politischen Lebens gegeben sey: — sie sey nur die erste Sprosse für eine republikanische Spitze. Lasse man aber jetzt in der Verfassung ein Loch, so werde sie durch 34 Hände ganz in Stücke gerissen. „Wir wollen die Verfassung, nicht weil, sondern obgleich sie einen Erbkaifer enthält.“

Wohl, man müsse sie mit allen legalen, so wie (nach altem Sprachgebrauch) illegalen Mitteln durchsetzen. Mit aller Fähigkeit habe man das Kaiserthum erreicht und hoffe mit derselben ihn auch durchzusetzen. Habe man aber die Freiheit des preussischen und des österreichischen Volkes durchgesetzt? Stecke nicht das Ministerium Mantuffel uns wie ein Pfahl im Fleische? Auf diesem Wege setze man noch Nichts durch, sondern durch eine politische „That“. Man müsse die Ereignisse machen. Nicht mit gestifteten Artikeln in der Deutschen Zeitung sey es gethan, nicht mit ruhigem Eigen im Schatten eines grünen Weidenbüsches.

Die „Musterregierung“ in Baden habe sich eine Hinterthüre in ihrer Erklärung offen gelassen. Bedeutungsvoll sey es, daß die 27 kleinsten Staaten sich unterwerfen, wo die Regierung mehr unter dem Volk stehe: jetzt müsse man sie fesseln, daß nicht der Gegenstrom sie zurückerreibe.

In Württemberg sehe man ein neues Mandöver; dort müsse man den kommandirenden Prinzen energisch zur Strafe ziehen. Der König unterwerfe sich der ganzen Verfassung mit Ausnahme des Erbkaifers. Aber der Idee des „Gottes-Graden“ müsse man jetzt mit dem Erbkaiferthum zu Leibe gehen. Der König von Württemberg spreche jetzt eben so, wie früher gewisse Unterstaatssekretäre.

In Sachsen und Hannover dringe in den Kammern allein die Linke auf Anerkennung der Verfassung; leider habe sie die Regierung nicht selbst an sich genommen. Bayern sey nie ein konstitutioneller Staat gewesen. Die Mehrzahl des Volkes sey für die Verfassung. Die Kammer habe einstimmig dagegen sich erklärt. Aber die pfälzischen Abgeordneten sprächen jetzt anders; man vertage zum dritten Mal, und berufe von der Pfordten: 100 gegen etwa 40 würden dort jetzt für die Verfassung seyn. Das wisse man.

Die Fürsten opponiren, nicht die Volkshämme. So lange man den Fürstentrog nicht breche, gründe man nicht den Bundesstaat. Das Volk müsse darum immer zur Revolution greifen. In Preußen erkläre das Ministerium sich endlich bestimmt gegen die Verfassung, trotz der Kammer; es bestehe aus treuen Dienern des Königs, und die Paulskirche habe den Fehler begangen, es gegen die Steuerverweigerer zu unterjügen. Jetzt lasse man die Kammern bestehen und regiere mit Bajonetten. Man wolle einen preussischen Sonderbund ohne die Reichsverfassung. Das sey nicht deutsche Treue, sondern Vertheidigung. Man wolle das Königreich, nicht Deutschland vergrößern.

„Wir sind der Generalkapitel des großen Volkshäres und sollen ruhen! Sollen die Ungarn unsere Verfassung durchführen?“ (Bravo!)

Plathner: Wir haben jetzt Alles zu gewinnen oder zu verlieren. Besonnenheit thue noth, nicht Uebereilung. Legale oder illegale Mittel seyen nicht gleichgültig.

Der Redner mühe sich ab, zu beweisen, daß „die Krone nicht annehmen“ noch nicht sie „ablehnen“ heiße. Habe es die Deputation so gefaßt, so sey sie eben im Irrthum. Mit der Verfassung ohne den Kaiser sey dem Volke nicht gebient. Simon von Trier begehre einen Vollziehungsausschuß von fünf; das sey noch mehr als ein Kaiser. Vertraue man auf den Geist der Nation, und verspare eine Proklamation an dasselbe bis aufs Aeußerste.

Wichmann spricht sich für die Meinung aus, die Reichskrone sey von Preußen abgelehnt.

Franko aus Schleswig stellt sich auf den Standpunkt des grünen Weidenbüsches. Auf das dreifache Niemals des preussischen Kabinetts antworte er: leider! leider! Das preussische Ministerium habe die letzten dänischen Insolenzen für annehmbar erklärt. (Pfiu! Pfiu!) Das sey Verrath an der Nation. Jetzt müsse man die Berliner Kammer stützen. Graf Arnim wolle Schleswig und Holstein auseinander reißen. Man könne hier dagegen donnern, habe aber keinen Blig.

Kappard trägt darauf an, in allen deutschen Landen die Volkshämme einzuberufen.

M. Mohl: Man hat uns versichert, Preußen nehme an, damit sey uns geholfen; auch Oesterreich könne sich unterwerfen. Wie? Haben wir noch nicht gelernt, daß alle Voraussetzungen Lügen gestraft worden! Wie oft wollen wir die Krone noch anbieten und Zusätze ächten? Das preussische Ministerium will unsern Bundesstaat eben so wenig, als das österreichische.

Die weitere Beratung wird vertagt. Ministerpräsident v. Gagern verwahrt sich gegen eine unrichtige Angabe in der Rede des Königs von Württemberg, als unterhandelt er mit Camphausen über Aenderungen der Verfassung; dieselbe müsse so, wie sie vorliege, durchgeführt werden.

Simon von Trier beklagt sich über die frühe Vertagung; man wolle nur zögern und die preussische Ministerkrisis abwarten. Wollte man das Schlagwort von den deutschen Königen und von Rußland erwarten?

Rieser findet die Vertagung zweckmäßig, da jeder Tag neue Entscheidung bringen, und unsere Beschlüsse störend eingreifen könnten. (Gelächter der Gallerie.)

Benedey: Ihr habt euern Kaiser durchgesetzt; jetzt wollen wir die Freiheit und ihre Erhaltung ausgemacht wissen, und nicht auf die Kabinette warten.

Maveaux: Werden wir das preussische Kabinett durch Zögern stürzen oder durch Handeln? Nur durch Letzteres. Es haben sich 47 Redner eingeschrieben; hören Sie dieselben, wenn Sie pausiren wollen.

Beseler: Die Thatfachen seyen noch nicht reif zu Beschlüssen. Man möge jeden Tag sitzen, die Nachrichten in Empfang zu nehmen, die von allerwärts einlaufen, aber Nichts entscheiden.

Bischof von Tübingen will morgen neue Sitzung. Die Versammlung entscheidet sich dafür.

Frankfurt, 24. April. (D. V. A. Z.) Hr. v. Radowig ist durch den Telegraphen nach Berlin berufen. Er hat vor seiner Abreise eine Unterredung mit Hr. v. Gagern gehabt, und demselben versichert, er werde dem König von Preußen zur unbedingten Annahme der Reichsverfassung rathen.

Die Krisis in Württemberg beendet.

Stuttgart, 24. April. Noch immer nicht ganze Lösung der Krisis, aber in Aussicht steht sie, wie sich aus beifolgendem Extrablatt des Schwäbischen Merkur ergibt. Die beanstandete Stelle in der k. Erklärung ist nach der Ansicht der Minister, welche ganz damit übereinstimmen, auf den Fall gerichtet, daß die Verfassung nur in den kleinsten Staaten anerkannt und dann versucht würde, diese kleinsten Staaten und ihre Kräfte durch eine gewaltsame Durchführung der Verfassung gegenüber den größeren zu erschöpfen. Der Vorbehalt ist, wenn ich nicht irre, derselbe, wie der badische.

Extrablatt zum Schwäbischen Merkur.

Stuttgart. (Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 24. April, Abends 5 Uhr.) Das ganze Ständehaus und dessen Umgebung ist mit Menschen angefüllt, wie noch niemals. Die Anwesenden sind gespannter Erwartung, was verkündigt werden wird. Erst nach drei Viertelstunden eröffnet der Präsident die Sitzung und trägt vor: Meine Herren! Die Kammer hat heute früh beschlossen, diesen Abend um 5 Uhr eine Sitzung zu halten, wenn auch die Kommission nicht im Stande wäre, Anträge an die Kammer zu bringen. Obgleich nun beinahe schon eine Stunde verlossen ist, so ist die Kommission doch noch nicht im Stande, einen Vortrag zu erstatten. Vor einer Stunde sind die H. H. Minister aus Ludwigsburg zurückgekommen, und es ist mir von ihnen mitgetheilt worden, daß der König und die Minister einig sind. (Vielseitiges Bravo.) Nur in Beziehung auf die Ausfertigung liegt noch ein Anstand vor, wegen dessen die Kommission mit den Ministern noch kommunizieren muß, so daß ich im Augenblick eine Sitzung nicht halten kann. Nach meiner Ueberzeugung wird aber die Sache keinen Anstand finden.

Wir hören, daß die berührten Anstände in den Worten der k. Erklärung liegen: „unter der sich von selbst verstehenden Voraussetzung, daß die Reichsverfassung in Deutschland in Wirksamkeit trete.“ Dem Vernehmen nach nahm hieran der Fünfköhnerausschuß deßhalb Anstand, weil dieser Beisatz entweder eine Voraussetzung ausspreche, welche die unbe-

dingte Annahme verneine, oder, wenn „sich von selbst verstehend“, unnötig sey. Er bestand, so hören wir, mit 14 Stimmen gegen 1 auf Annahme ohne eine Voraussetzung. Die H. H. Minister seyen hiemit einverstanden gewesen. Es sey anzunehmen, daß der König kein Gewicht auf den Zusatz legen werde. Staatsrath Duvernoy werde heute Abend noch deßhalb nach Ludwigsburg gehen.

Nachschrift.

Wir erhalten so eben noch von einem Abgeordneten Folgendes als die k. Erklärung:

Se. Maj. der König von Württemberg nimmt in Uebereinstimmung mit seinem Ministerium die deutsche Reichsverfassung, einschließlich des Kapitels über die Reichsoberhauptensfrage und der im Sinne dieser Verfassung zu verwirklichenden Lösung derselben, sammt dem Reichs-Wahlgesetze, unter der sich von selbst verstehenden Voraussetzung an, daß dieselbe in Deutschland in Wirksamkeit trete.

Zugleich soll der württembergische Bevollmächtigte dahin instruiert werden, zu erklären, daß die württembergische Regierung Nichts dagegen einzuwenden habe, wenn Se. Maj. der König von Preußen, welcher das Erbkaiferthum nicht annehmen will, unter den vorliegenden Umständen sich für jetzt mit Zustimmung der deutschen Nationalversammlung an die Spitze Deutschlands stelle.

Stuttgart, 24. April, Abends 5 Uhr. (Deutsch. Volksbl.) Wir hören, daß die Kommission eine Deputation an Staatsrath Römer geschickt hat, die beanstandete Stelle auszulassen; Römer erklärte, sie rühre von den Ministern, nicht vom Könige her. Die Kommission scheint sich zufrieden zu geben.

Stuttgart, 24. April. Die Ministerkrisis hat ihr Ende erreicht. Der König hat sich heute Morgen zur Anerkennung der Reichsverfassung in ihrem ganzen Umfange verstanden.

Während des gestrigen Tages langten bei der Abgeordnetenversammlung aus allen Theilen des Landes Adressen an, in welchen dieselbe gebeten wurde, zur unbedingten Aufrechterhaltung der Reichsverfassung in Württemberg alle ihr zu Gebot stehenden Mittel zu ergreifen. Die Vereine setzten im Sinne der Agitation Alles in Bewegung, und die Abgeordnetenversammlung faßte den Entschluß, das Ministerium zu ersuchen, sich am Heutigen zum König nach Ludwigsburg zu verfügen und denselben dringend zu bitten, im Laufe dieses Tages dem schon mehrfach gestellten Gesuch des Ministeriums seine Zustimmung oder dem Ministerium seine Entlassung zu geben. Sollte das Eine oder das Andere fortwährend verweigert werden, so möge das Ministerium sich als entlassen betrachten.

Die Verhandlungen der Kammer über diesen Gegenstand stellten für jenen etwa eintretenden Fall, namentlich durch den Einfluß des von Frankfurt eingetroffenen Hr. Schoder, Schritte von Seiten der Kammer in Aussicht, durch welche man den offenen Bürgerkrieg heraufbeschworen hätte. Mehrere einflußreiche Männer von der rechten Seite der Abgeordnetenversammlung, unter denen man namentlich den Staatsrath v. Wächter und den Domdekan Jaumann nennt, sollen sich gestern Abend zum König nach Ludwigsburg begeben haben, und durch ihre demselben gegebene getreue Schilderung der öffentlichen Stimmung und der gesammten Sachlage viel dazu beigetragen haben, die Krone zur Nachgiebigkeit zu stimmen.

Diesen Vormittag begab sich das Ministerium in pleno zum König und kehrte mit der Nachricht von dort zurück, daß zwischen der Krone und ihren Räten kein Konflikt mehr bestehe. Indef wußte man schon heute Morgen bei guter Zeit, daß das Ministerium mit jener Volschaft nach Stuttgart zurückkehren werde.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, war von der demokratischen Partei (welche in diesen Tagen eine außerordentliche Thätigkeit entwickelte) für den heutigen Abend Alles zu einer sehr ernstlichen Demonstration vorbereitet, wenn im Laufe dieses Tages die schwebende Frage keine erwünschte Erledigung erhalten sollte.

Diese Frage ist somit erledigt; ihre Konsequenzen aber werden, und zwar nicht bloß in Württemberg, von Tag zu Tag mehr hervortreten, und viel weiter gehen, als allgemein geglaubt wird. Täuschen wir uns nicht, so beginnt mit diesen Tagen, welche wir hier in Stuttgart erlebten, ein neuer Abschnitt in unserer deutschen Entwicklungsgeschichte.

Deutschland.

Karlsruhe, 24. April. (173. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des ersten Vizepräsidenten Weller.) Unter den vorgelegten Eingaben befindet sich auch eine Dankadresse des vaterländischen Vereins in Karlsruhe wegen des Kammerbeschlusses vom 10. Februar d. J. Schmitt übergibt den Bericht über einen Theil des außerordentlichen Budgets, das Justizministerium betreffend; v. Stöckhorn einen solchen über die revidirte Strafprozeß-

ordnung, und Junghanns zeigt seinen Austritt aus der Kammer an.

Hierauf erstattet Zentner Namens der Petitionskommission Bericht über die Gesuche vieler Urwähler der Stadt Mannheim, so wie des vaterländischen Vereins zu Gernsbach und der Gemeinde Söllingen (Oberamts Durlach) um Anordnung neuer Wahlen für diejenigen Wahlmänner, welche bei den jüngst angeordneten Ersatzwahlen zur Zweiten Kammer ihre Pflicht zu erfüllen sich geweigert haben, um dadurch in gesetzwidriger Weise eine Unvollständigkeit herbeizuführen. Die Kommission spricht einstimmig ihre Ansicht dahin aus, daß da, wo durch unentschuldigte beharrliche Verweigerung der Theilnahme einzelner Wahlmänner auch an der zweiten Wahl das Zustandekommen einer Deputirtenwahl vereitelt wird, die Regierung das Recht und die Pflicht habe, durch Anordnung von Ergänzungswahlen den betheiligten Urwählern Gelegenheit zu geben, andere Wahlmänner an die Stelle der die Wahl Verweigernden zu wählen, und schlägt vor, auf den Grund dieser Ansicht die Petitionen mit Empfehlung an das großh. Staatsministerium zu überweisen.

Schey versucht vom Standpunkte des Rechts und der Politik den von ihm gestellten Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung zu begründen. Schaff verlangt motivirte Tagesordnung unter Anerkennung der guten Absicht der Petenten. Für den Kommissionsantrag sprechen Zell, Prestinari, Lamey, und der Berichterstatter, eben so Staatsrath Brunner. Prestinari will jedoch dem Kommissionsantrage folgende Fassung gegeben wissen: Die Kammer wolle die Petitionen dem großh. Staatsministerium überweisen und dabei ihre Ansicht dahin aussprechen, daß das Amt der Wahlmänner, welche die Theilnahme an den Abgeordnetenwahlen beharrlich verweigern, als erloschen anzusehen und daher nach §. 59 der Wahlordnung zu verfahren sey.

Bei der Abstimmung wird der Kommissionsantrag mit großer Stimmenmehrheit unter Ablehnung der demselben entgegenstehenden Anträge angenommen.

Hierauf schreitet die Kammer zur Verathung des durch den Abg. Dennig erstatteten Kommissionsberichtes über Tit. XII bis XXII des Budgets des Ministeriums des Innern.

Der Tit. XII, allgemeine Sicherheitspolizei, gab zu keinen weiteren Debatten Veranlassung, und es wurden die diesfälligen Positionen mit 188,941 fl. 8 kr. nach den Anträgen der Kommission angenommen; nur erlitten die dort unter verschiedenen Ausgaben vorkommenden Einstandsgelder mit 9000 fl. auf Rettig's Antrag eine Minderung um die Hälfte.

Eben so wurden bei Tit. XIII über das Unterrichts- wesen die einzelnen Positionen, in so weit sie heute zur Verathung kamen, bewilligt, und zwar:

I. Für den akademischen Unterricht. a) Universität Heidelberg, wie früher, 98,032 fl., sodann im nachträglichen Budget für die chirurgische Klinik 2400 fl. b) Universität Freiburg, frühere Dotation und spätere Zuschüsse 47,524 fl.

II. Gelehrter Schulunterricht. Oberstudienbehörde, katholische, evangelische, und gemischte Lehranstalten 47,203 fl. Im nachträglichen Budget für das Pädagogium in Vörrach 359 fl. und zur Beförderung des Turnwesens 800 fl.

Bei der Diskussion stellt Schmitt die Frage, wie es mit der Verordnung über die Bildung der Verwaltungsbeamten stehe, und erhält von Staatsrath Brunner die Antwort, daß eine solche gegenwärtig bearbeitet und nächstens erscheinen werde.

Vuhl empfiehlt bei der Position „gelehrter Unterricht“ der Regierung Vorsicht bei Anstellung der Lehrer an den Lyzeen, indem hiezu nur die tüchtigsten Leute verwendet, und solche nicht nur den Schulunterricht, sondern auch die Erziehung übernehmen sollen, was insbesondere auch bei der polytechnischen Anstalt wünschenswerth wäre. Staatsrath Brunner bemerkt, es liege stets in der Absicht der Regierung, die geeignetsten Lehrer anzustellen.

Nachdem Zell noch auf einige Mißstände bei den Lehranstalten aufmerksam gemacht, und Rettig den von der Kammer angenommenen Antrag auf Revision sämtlicher Staatszuschüsse zu den Lyzeen und auf Reduzirung derselben auf das Bedürfnis, sofern keine privatrechtlichen Titel vorliegen, gestellt hatte, macht Lamey vor dem Schlusse der heutigen Sitzung noch die Anzeige, daß er in einer der nächsten Sitzungen an die Regierung über den Sinn der an das Reichsministerium erlassenen badi'schen Note eine Anfrage stellen werde.

o. Aus dem Odenwalde. Wenn irgend Jemand sich über die Märzerrungenen recht innig freuen kann, so ist es gewiß der Odenwälder. Die Ausrottung des Hochwildes, das dem Landmann unserer Gegend bisher die höchste Plage war, wird von undurchsehbaren Folgen sowohl für die Land- als auch für die Forstwirtschaft seyn; denn bisher war man leider stets in die traurige Lage versetzt, sowohl die Erzeugnisse des Feldes, als auch die des Waldes größtentheils eine Beute des Hochwildes werden zu sehen. Zwar sicherte das Wildschaden-Gesetz den Beschädigten den Ersatz des erlittenen Schadens zu; allein Jedermann weiß, wie schwer es hält, in dieser Beziehung die richtige Mitte zu treffen.

Wir begrüßten deshalb mit Freuden die Erhebung der Märztage, weil wir voraussehen, daß das uns drückende Uebel, der Wildstand, bald beseitigt werden würde, was bis jetzt auch fast vollständig geschehen ist. Aber die Freijagden hatten, neben dem Nutzen, den sie dem Grundbesitzer brachten, auch ihre großen Schattenseiten für Viele, welche sie ausübten. Zur Zeit des vorigen Sommers (die Jagden waren damals noch ergiebig) gab es auf unserer Höhe mobile Kolonnen solcher Wildvertilger, welche sich in den Wäldern förmlich Hütten bauten und die Woche über darin kampirten. Allen Jenen, welche etwas über die Gegenwart hinausblähten, mußte es bedenklich scheinen, wie diese zahlreiche Klasse,

nun an den Mäßiggang gewöhnt, sich bereinst zu ernähren gedente, wenn es kein Wild mehr gibt. Diese Zeit ist jetzt beinahe schon herangekommen. Man betrachte jetzt den Odenwald mit unparteiischen Blicken, und man wird finden, daß sich derselbe in moralischer Beziehung, so wie auch in finanzieller, außerordentlich verschlimmert hat. Schon ist kein Dohse im Stall mehr sicher (Beweis ist, daß schon einige gestohlen wurden), kein Diensthof, und stände er auch am Hause, ist vor Diebstahl geschützt, und kein Hüter des Staats- oder Gemeindeguthums ist versichert, daß nicht während seiner Dienstaübung ein Haufe bewaffneter Diebe ihn überfalle.

Man wird fragen: woher kommt denn diese plötzliche Aenderung? Leider ist ein Theil dieser Frage leicht zu beantworten. Eine Masse Menschen, an Freijagden gewöhnt, folglich auch an den Mäßiggang, hat ihren gewöhnlichen Erwerbseigenen, der sie bisher ernährte, verlassen, und dem Gleichheitsprinzipie getreu, daß die Jagd so gut für den Unbemittelten als den Bemittelten passe, sich dem Jagdwesen ergeben. Nun aber sind bekanntlich die Jagden verpachtet, und überhaupt auch in dem Zustande, daß sie auch dem Eifrigsten keinen Lebensunterhalt mehr verschaffen; was bleibt da Vielen anders übrig, als sich aufs Stehlen zu verlegen? Ist man ja bewaffnet und in gehöriger Anzahl stets versammelt: warum sollte denn da Nichts auszuführen seyn?

Ich bin weit entfernt, die Behauptung, daß der vermehrte Diebstahl eine Folge der Jagdfreiheit sey, als eine allgemeine aufzustellen; nein, mancher redliche Arbeiter hat dem Jagdwesen nur gedankt, um den gemeinschaftlichen Feind zu vertilgen; Mancher ist Herr seiner Leidenschaft geworden; Viele aber sind leider ins Unglück gestürzt worden. Ja, ich scheue mich deshalb nicht, hier offen zu bekennen, daß, so wie der vermehrte Wildstand früher für den ganzen Odenwald ein heillofes Uebel war, so nun auch die Ausrottung desselben für manchen Einzelnen ein gleiches Unglück ist. Man wird zwar in der Residenz glauben, daß das Jagdwesen nun geordnet und ein Rechtszustand in unserm Odenwald wieder hergestellt sey, allein man irrt sich sehr: Dies ist nicht überall der Fall, denn während man z. B. im Amt Eberbach, woselbst das Jagdwesen geordnet ist, sich Jagdkarten lösen muß, das Stück um den theuern Preis von 6 fl., gibt es andere Orte ganz in der Nähe, zum Bezirksamt Neudenau zu Mosbach gehörig, welche darüber lachen und ganz laut und offen erklären, sie hätten nicht nöthig, Jagdkarten zu lösen, sondern sie hätten Freijagd wie zuvor. In der That gehen Einwohner vieler Orte des Amtes Neudenau (in Mosbach) immer noch haufenweise auf die Jagd, und zwar ohne Jagdkarte.

Es ist mir bis jetzt noch nicht bekannt, ob die Gendarmerie solche Kontravenitionen zur Befrafung angezeigt hat; wohl aber ist mir bekannt, daß solche Banden zu jeder Zeit in die Nachbarrdistrikte, in welchen das Jagdwesen geordnet ist, einfallen und Verheerung anrichten. Welche nachtheilige moralische Wirkung es nach sich zieht, wenn in einem Amte das Jagdgesetz streng gehandhabt wird, in dem andern nicht, begreift sich von selbst. Für den Odenwald ist es nicht vortheilhaft, von der Strenge des Gesetzes Umgang zu nehmen; denn die ungeheure Armut der Bewohner hat moralische Mißstände genug in unserer Gegend erzeugt, denen die Milde des Gesetzes nur als Ermuthigung dienen würde. Glaube man übrigens, was man wolle: — so viel steht fest, daß es ein Unglück für unsere Gegend ist, wenn das Jagdwesen nicht vollständig auf den Grund des Gesetzes geregelt wird; so lange man aber in einem Amte Jagdkarten lösen muß und in dem andern Amte nicht, so lange ist das Jagdgesetz in unsern Augen ein Zwitterding. Hier ist Abhilfe nöthig, wenn irgend unserer Regierung daran gelegen ist, daß Gesetz und gleiche Ausübung des Gesetzes gehandhabt werde. Die Sicherheit der Person und des Eigenthums erfordert auf den Höhen des Odenwaldes leider schon verstärkte und bewaffnete Schutz; — möge man die Fehler, welche zu dieser Höhe Anlaß gegeben haben, doch nicht als unbedeutend ansehen!

Ich habe für heute offen die Fehler aufgedeckt, die bei uns vorherrschen; ich werde nicht säumen, dieselben näher und ausführlicher zu beleuchten, wenn unterdessen keine Aenderung eintreten sollte.

München, 21. April. (Allg. Z.) Se. k. Hoh. der Prinz Karl ist seit zwei Tagen schwer erkrankt. Der Gesundheitszustand unserer Stadt ist überhaupt in Folge der abwechselnden Witterung nichts weniger als befriedigend; die Krankenhäuser sind überfüllt, und in der Privatpraxis sind gleichfalls alle Aerzte vollauf beschäftigt.

Fürst Wallerstein, welchen mehrere öffentliche Blätter auf einer diplomatischen Mission besprochen seyn lassen, befindet sich zur Zeit ohne alle Verbindung mit dem Hof und der Regierung auf seinem landsig. Schloß Reimlingen.

Mad. Luise Aston, die Emanzipirte, welche kürzlich hier angekommen war, hat unsere Stadt wieder verlassen, weil die polizeiliche Aufsicht, unter welche sie gestellt war, ihr nicht behagte.

München, 24. April. (N. Münch. Z.) Wie wir vernahmen, ist gestern eine bestimmte Erklärung Bayerns in Betreff der deutschen Verfassungsfrage nach Frankfurt abgegangen.

Würzburg, 24. April. (Wüzb. Z.) Gestern trafen von Mainz kommend 300 Mann österreichische Artillerie, die nach Ungarn bestimmt sind, per Dampfboot hier ein. Sie wurden hier einquartirt und setzten heute früh ihren Marsch fort.

Δ Darmstadt, 23. April. Im Monat März 1849 wurden auf der Main-Neckar-Eisenbahn 54,164 Personen befördert. Die Einnahmen betragen in dieser Zeit: a) für Transport von Personen 26,136 fl. 24 kr., b) von Gepäc 1524 fl. 56 kr., c) von 36,138 Ztr. Frachtgut 11,412 fl. 54 kr., d) von Equipagen 172 fl. 44 kr., e) von Vieh 262 fl. 3 kr. Summe der Einnahme 39,509 fl. 1 kr.

Leipzig, 18. April. (Schwäb. M.) Unter unserer radikalen Partei hat eine Verordnung des Kultusministeriums große Bewegung hervorgebracht. Der deutschkatholische Prediger Scholl hat nämlich in einer Predigt vor der hiesigen deutschkatholischen Gemeinde den Begriff von Sittlichkeit dahin erläutert, daß Sittlichkeit nichts Anderes sey, als die Uebereinstimmung unseres Thuns und Lassens mit den Lebensansichten, die gerade zu unserer Zeit für gut, recht, und schicklich gehalten würden. Etwas Sittliches an sich gebe es gar nicht, sondern jede Handlung werde entweder für sittlich oder für unsittlich gehalten und dafür ausgegeben. Der Räuber und Dieb wäyne eben so recht und sittlich zu handeln, als der Soldat, welcher auf Befehl seines Führers sich Anderer Eigenthum aneigne.

In Bezug auf diese Predigt ist nun von Seiten des Kultusministeriums eine Verordnung an die hiesige deutschkatholische Gemeinde ergangen, welche besagt, daß solche Lehren, wie sie in der Scholl'schen Predigt vorgetragen, anstatt zur Hebung der Sittlichkeit beizutragen, vielmehr zu einer völligen Untergrabung derselben führen müßten, und daß man sich daher veranlaßt fühle, an den deutschkatholischen Landes-Kirchenvorstand die bestimmte Aufforderung zu richten, dafür zu sorgen, daß dem Prediger Scholl die Haltung von Kanzelvorträgen, bei deutschkatholischen Gottesdiensten, in hiesigen Landen nicht weiter gestattet werde.

Die Radikalen sind über diese Verordnung sehr aufgebracht, und behaupten, daß dieselbe an die schönsten Zeiten des Polizeistaates und der Bevormundung erinnere, und daß der Staat gar kein Recht habe, sich um Unstößigkeiten und Begriffsverwirrungen in Kanzelvorträgen zu kümmern.

Im Erzgebirge hat kürzlich die Wahl eines Reichstags- Abgeordneten stattgefunden. Dieselbe ist mit großer Stimmenmehrheit auf einen Konservativen gefallen. Die Wahlmänner meinten, einen Mann der äußersten Linken dürfe man nicht wählen, solche habe man schon genug in Frankfurt; der äußersten Linken verdanke das Volk so schon eine Mehrausgabe von Steuern; man müsse jetzt einen Mann wählen, der Ruhe und Ordnung mit herbeiführen, und Gewerbe und Industrie mit vertreten könne.

Altona, 21. April. (Frankf. Z.) Der Abendzug bringt uns die erfreuliche Nachricht, daß die Schleswig-Holsteiner Kolbing eingenommen haben. Zwei Bataillone dieser Truppen (das 1. und 2.) und ein Bataillon Jäger fielen den Dänen an den Schanzen von Kolbing in den Rücken, und nahmen nach einem hartnäckigen Straßenkampfe gegen 5 Bataillone Dänen die Stadt. Der Verlust auf unserer Seite soll 21 Tote und 30 Verwundete seyn.

Auf den Düppeler Schanzen, 20. April. (H. V. H.) In verwichener Nacht fand hier eine spasshafte Expedition statt. Die bei der Einnahme der Düppeler Schanzen demontirten beiden 12pfünder Kanonen und drei Munitionswagen wurden heute den Dänen wieder abgenommen.

Man hatte es schon die vorhergehende Nacht durch ein Bataillon Sachsen zu bewerkstelligen gesucht, das Mißlingen mußte aber an der schlechten Einleitung des Vorhabens liegen. Nun wurde gestern Abend der hannoversche Oberleutnant Kießfugel mit seinem Bataillon vom 5. Infanterieregiment dazu kommandirt, diese beiden Geschütze den Dänen wieder abzunehmen, und durch seine vortreffliche Leitung gelang es. Kießfugel hat dabei eine große Umsicht gezeigt; die Sache wurde um Mitternacht vorgenommen und es ist kein Schuß dabei gefallen.

† Berlin, 16. April. Befanntlich sind durch das bei seinem Entscheyen vielbesprochene französische Klubgesetz Gesellschaften von dauernder Organisation (Klubs, Vereine) zu politischen Zwecken verboten. Nur zur Durchführung nicht-politischer (materieller, literarischer u.) Zwecke ist die Thätigkeit solcher Gesellschaften erlaubt, die politische Vereinigung aber nur dann gestattet, wenn der Zweck sich in einer einzigen Versammlung erledigen läßt. Der Gesetzesvorschlag, durch welchen das Ministerium unsern Staat gegen Ausartungen des Vereinigungsrechtes sichern will, geht lange nicht so weit. Er weist der Obrigkeit nur das Recht und den Vereinigungen die Pflicht der Ermöglichung einer Kontrolle zu, welche die rechtzeitige Unterdrückung eines strafbaren Beginns erlaubt. Die Mittel dieser Kontrolle sind die Vorfrage, daß die Obrigkeit von jeder Versammlung zeitig Kenntniß habe, die Bezeichnung bestimmter Personen als Leiter, die Zulassung obrigkeitlicher Abgeordneten, ein gewisser Grad von Densität etc. Das französische Gesetz legt den Versammlungen, welche es noch gestattet, ähnliche Beschränkungen, nur viel pebantischer auf.

Die Kommission, welcher diese Gesetzesvorlage zu begutachten oblag, hat diese Beschränkungen des Vereinsrechtes auf ein noch geringeres Maß zurückgeführt. Mit Recht! Denn mag die Erschwerung der politischen Assoziation in Frankreich sich rechtfertigen, wo die Hauptstadt ein beständiger Herd der Verschwörung für alle Parteien ist, welche nicht gerade am Ruder sind: — bei uns würde sie nachtheilig auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens und gerade auf die Entwicklung der konservativen Partei wirken. Die radikalen Vereine wird ihre blinde Wähleri und ihre innere Gehaltlosigkeit zu Grunde richten, wenn sie auf diesem Wege beharren. Der konservativen Partei aber eröffnet sich gerade in Betreibung bestimmter praktischer Zwecke ein eben so dankbares als fruchtbringendes Feld, und sie werden zugleich der Regierung ein großer moralischer Beistand seyn. Das ist aber gewiß ein Erforderniß des konstitutionellen Lebens, daß die Regierung getragen seyn muß durch die selbstthätige, nicht bloß durch die passive Unterstützung der denkenden Mehrheit des Volks.

Andererseits sind die Gefahren der Ausartung des Vereinswesens schon darum bei uns nicht so groß, wie in Frankreich, weil bei uns das Schicksal des Landes nicht mit einem Ruck in der Hauptstadt entschieden wird. Dies mindert schon die Verführung zur Konspiration. Und dann ist überhaupt diese Unreise, seinen Willen durch rohe Gewaltmittel,

anstatt durch ausdauernde, gründlich umbildende Arbeit durchzuführen, welche dem Franzosen so eigen ist, für den deutschen Charakter hauptsächlich eine vorübergehende Ver-
änderung.

Der Kommissionsentwurf weicht namentlich darin von dem ministeriellen ab, daß er die Erfordernisse der Deffentlichkeit aufhebt, welche bei einzelberufenen Versammlungen unbedingt war. In den übrigen Hauptpunkten stimmen die Entwürfe überein, namentlich daß jede Versammlung 24 Stunden vor ihrem Beginn bei der Behörde angezeigt seyn muß, daß obrigkeitliche Personen zuzulassen, daß Versammlungen im Freien als solche dem Verbote unterliegen können, daß während des Zusammenseyns der Kammern Versammlungen im Freien fünf Meilen im Umkreise nicht stattfinden dürfen.

Die Linke ihrerseits ist gegen die Deffentlichkeit; sie will jede Kontrolle der Vereine beseitigen und nur die Versammlungen im Freien zur obrigkeitlichen Kenntniß bringen lassen. Sie privilegirt damit das ganze Unwesen geheimer Gesellschaften, welche doch öffentliche Zwecke haben; das ganze Unwesen der organisirten geheimen Aufreizung!

† Berlin, 20. April. Ueber die Reform der Berggesetze ist bis zum Ueberdruß geredet worden; allein es bleibt eben Alles beim Alten. — Und doch sieht man täglich an den grellsten Beispielen, wie gänzlich widersinnig die bestehenden Verwaltungsmahregeln sind. So leidet, wie längst bekannt und erwiesen ist, der weiphalische Steinkohlen-Bergbau an unvernünftig hohen Lasten und Abgaben. Das klägliche Resultat der Reviere Höbe, Brüningshausen, und Dortmund für 1848 ist folgendes:

Einnahme sämmtlicher Gruben . . . 444,000 Thlr.
Abgaben . . . 60,000

Also fast 14 % des Bruttoertrages! Anstatt irgend eines Gewinnes sind 2422 Thlr. Verlust gebaut worden.

Die Lasten steigen natürlich die Preise, und deshalb erschweimen z. B. englische Steinkohlen in Massen in Magdeburg, welche unter andern Umständen Westphalen liefern könnte.

Bereits hat sich eine Gesellschaft für ein solches Unternehmen gebildet, welche in Magdeburg ihren Sitz hat. Es ist die Möglichkeit vorhanden, einen neuen Absatz von vielleicht jährlich 2 Millionen Zentner bewirken zu können, wenn

- 1) sich die Eisenbahnen zu billigeren Frachtsätzen verhalten,
- 2) Hannover den Zoll fallen läßt, und
- 3) die preussische Bergwerks-Behörde die Abgaben auf 5 % vom Reinertrag ermäßigt.

Wundern soll es uns, welchen Entschluß der Handelsminister einem solchen schlagenden Falle gegenüber fassen wird. Die alte Regel würde seyn, den Fall „in Erwägung zu ziehen“, d. h. in der Registratur ein stilles Grab finden zu lassen.

Königsberg, 17. April. (Narb. Korr.) Ein trauriger Selbstmord macht in der ganzen Stadt großes Aufsehen: der außerordentliche Professor der Medizin Heinrich, der erst vor Jahresfrist aus Bonn hierher berufen wurde, hat sich gestern mit Blausäure vergiftet, nachdem ein schon vor 14 Tagen gemachter Versuch von seinen Freunden rechtzeitig entdeckt und verhindert war. Anhaltende Zerwürfnisse mit seiner Fakultät und den Studenten, um deren willen seine Klinik in der letzten Zeit ganz unbesucht war, hatten ihn schon Wochen vorher in die tiefste Melancholie verfest. Heinrich gehörte der demokratischen Partei an.

Breslau, 18. April. (Pr. Bl.) Vorgestern feierte der hiesige Arbeiterverein ein Bankett, an dem auch Damen Theil nahmen. Die H. H. Nees v. Esenbeck und Lemau waren Vorgesetzte. Man sprach viel über und für den Sozialismus, doch auch die Politik blieb nicht unberührt, und eine junge Dame, mit einer Jakobinermüge geschmückt, ließ die rotze Republik hoch leben.

Wien, 20. April. (Narb. Korr.) Die Schuld, daß die ganze Bacösa, wie bekannt, in den Händen der Magyaren ist, schreiben fühlswache Blätter allgemein dem Sohne des Feldmarschall-Leutnants Grafen Albert Nugent zu, der selbst befehligte. Im Tschakistebataillons-Gebiete hat dagegen Stratiwirovic die Magyaren bei Titel aufs Haupt geschlagen. Der Kampf dauerte 8 Stunden ununterbrochen fort. Daß beiderseits mit großer Erbitterung gefochten wurde, versteht sich von selbst. Das Schlachtfeld bildete der Umkreis von Milovo-Mosoria und Titel. Becey ist ganz verbrannt; den serbischen Theil dieses Ortes verbrannten die Magyaren, den magyarschen die Serben.

Wien, 21. April. Der Kriegschauplatz im obren Ungarn hat sich von Pesth in die Gegend von Oran gezogen, wo man nun einem entscheidenden Schlage entgegenseht. Zugleich ist von der untern Donau eine Siegesnachricht eingetroffen, welche sich durch wiederholte Berichte von verschiedenen Seiten bestätigt: der Insurgentenführer Perczel ist von Stratiwirovic aufs Haupt geschlagen und seine ganze Heeresabtheilung auseinander gesprengt. Perczel hatte die gesammte Bacösa in eine Wüste verwandelt; den barbarischen Greueln, die er in diesem unglücklichen Landstriche ausgeübt, folgte die Rache auf dem Fuß nach.

Das Gerücht, daß die Russen massenhaft in Siebenbürgen eingerückt seyen, erneuert sich. Gewiß scheint, daß das Petersburger Kabinett seinen Bestand im größten Maßstabe angeboten hat, und daß die Russen an Dem eine Vergeltung zu nehmen wünschen.

Der Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg, der seit einigen Tagen in Olmütz war, ist heute mit den übrigen Ministern zurückgekehrt. Die Gesundheitsumstände des Grafen Stadion bessern sich.

Lord Ponsonby, der englische Botschafter, ist heute nach London abgereist. Er hat einen schon vor einigen Wochen eingeholten Urlaub angetreten; von Abberufung ist keine Rede.

Bei einem Dorfpfarrer in Galizien, in Drohobycz, sind bei einer Hausdurchsuchung Papiere aufgefunden worden, welche

neue Aufschlüsse über geheime Einverständnisse mit Kossuth geben, und namentlich in Bezug auf die Wiener Oktoberereignisse mehrere Reichstagsmitglieder bloßstellen.

Oesterreichische Monarchie.

Krakau. Die im Krakaischen zum ersten Male (statt der Werbung) vorgenommene Refrutirung hatte unter den Bauern eine nicht unbedeutende Aufregung hervorgebracht. Die „Gazeta Krakowska“ vom 20. berichtet darüber: „Die Agitation in unserm Gebiet, welche bereits neue unglückliche Ereignisse besorgen ließ, hat gestern ihr Ende erreicht. Die Zahl der Unzufriedenen belief sich auf nicht mehr als 120, die sich in den Wäldern angesammelt hatten. Unter ihnen waren dreißig mit Gewehren versehen, die übrigen aber hatten Pistolen und andere Waffen. Die Bauern, deren sich Anfangs eine große Zahl mit den Unzufriedenen vereinigte, gingen wieder nach Hause, und nur ein Theil rückte gegen Krakau. Zwischen Kwarzala und Krzeszowice kam es zu Schärmgelehen, wobei 17 gefangen genommen und die Andern zersprengt wurden. Gestern brachte man 48 gefangene Bauern und andere Einwohner aufs Schloß.“

Wesih, 19. April. (W. Bl.) Gestern in der Nacht war Welden wenige Stunden in Ofen, ging aber gleich wieder nach Gran ab. In der Nacht fand ein großartiger Aufbruch des ganzen Lagers statt. Viele Offiziere wurden in den beiden Theatern von dem augenblicklichen Abmarsch unterrichtet. Eben strömen die Neugierigen hinaus, den leeren Platz des großen Feldlagers anzusehen.

Um 4 Uhr in der Nacht begann der Abmarsch in der Richtung gegen Waizen und Umgebung. Die ganze auf dem Ofener Donauufer bis Komorn hinaus stehende Armee setzt über und greift am heutigen Tage die Insurgenten auf alten Punkten an, während Schliss und der Ban, über Waizen hinaus operirend, die Insurgenten in Rücken und Flanke fassen.

Schon gestern vernahm man im Hauptquartier, daß man binnen drei Tagen entscheidende Resultate erwartet.

Agram, 19. April. (Konst. Z.) Am 13. haben die Serben einen glänzenden Sieg über den Magyarentrupp unter Perczel im Gebiete des Tschakistebataillons in der Nähe des Stabsortes Titel erfochten.

Der Kampf war äußerst heftig; denn die Serben wußten wohl, daß von dem Erfolge desselben ihr „Seyn oder Nichtseyn“ abhängt. Die Waagschale des Glückes neigte sich auf ihre Seite. Der Feind wurde aufs Haupt geschlagen und genöthigt, in eiliger Flucht, mit einem großen Verluste an Todten und Verwundeten, sich nach Reusag unter den Schutz der Geshütze der in seinen Händen befindlichen Festung Peterwardein zurückzuziehen.

Aus der Lombardei. (Wien. Z.) Mehrere Tagblätter haben den Nachrichten widersprochen, daß die Brescianer das Verbrechen ihres letzten Aufstandes durch Schandthaten gegen die Stadtbewohner deuschen Stammes vergrößert haben. So gerne man zur Ehre der italienischen Nation einer ähnlichen Verächtlichmachung Glauben schenken würde, so bestreiten sich doch aus Briefen der gütlichsten Augenzeugen die empörendsten Mißthaten der entmenschten Horden, welche einige Tage hindurch in der unglücklichen Stadt wütheten. Folgende Erzählung ist ein Bruchstück des Schreibens eines österreichischen, mit der Tapferkeitsmedaille geschmückten Offiziers an seine Mutter, und muß daher als vollkommen glaubwürdig anerkannt werden, obgleich es Greuel zur Kenntniß bringt, wie sie in der Geshichte keines Bürgerkrieges der Vorzeit die Menschheit entehrt haben.

Um 2 Uhr Nachmittag machten wir, durch zwei Kompagnien verstärkt, einen Ausfall in die Stadt, und öffneten die Thore der Stadt, wo, wie wir wußten, Deutsche eingesperrt waren. Der Anblick, der sich uns darbot, war schrecklich genug, um uns bereuen zu lassen, nicht noch mehr gewüthet zu haben. Alle Gefangenen waren aufs entsetzliche ermordet; die Insurgenten hatten sie langsam zu Tode gemartert, ihnen Arme und Beine abgehauen, Nasen und Ohren abgeschmitteten, kurz, sie schändlich mißhandelt. Genug der gräßlichen Scene, ich will nicht länger dabei verweilen. Ein Mann meldete, daß Leute vom Fenster herunter riefen, man möchte sie beschießen, sie seyen gefangen, Deutsche, und in einem Saale eingemauert. Ich ließ den Hausmeister rufen, der Nichts davon wissen wollte. Als ich ihm aber mit dem Tode drohte, kam er zur Besinnung und schob einen ungeheuern Kasten von der Wand, hinter welchem sich eine frische Mauer befand. Der Zimmermann hatte sie daß eingeschlagen, und nun kamen 36 armfelige, ausgehungerte Gestalten heraus; die Insurgenten hatten sie vor drei Tagen eingemauert, und während der Zeit hatten sie Nichts mehr gegessen. Sie fielen mir weinend zu Füßen, umfaßten meine Kniee, küßten meine Hände, und gebetheten sich ganz trunken vor Entzücken.

Frankreich.

Paris, 23. April. Wollte man den Unglückspropheten Glauben schenken, so wären die in Mailand kaum eröffneten Unterhandlungen über den Friedensschluß zwischen Sardinien und Oesterreich bereits gescheitert, weil Marschall Radezky übermäßige Forderungen gestellt habe. Turiner Blätter und nach ihnen mehrere der hiesigen Zeitungen erzählen nämlich, wie der Ritter Buoncompagni, einer der sardinischen Bevollmächtigten, von Mailand eilig nach Turin zurückgekehrt sey, um seinen Hof von der Unmöglichkeit eines Uebereinkommens mit Radezky in Kenntniß zu setzen. Alle diese Blätter haben läuten gehört, ohne zu wissen wo. Allerdings ist es gegründet, daß zwischen den österreichischen und den sardinischen Bevollmächtigten in Betreff der Entschädigung der Kriegskosten, welche Sardinien an Oesterreich zu leisten hat, eine große Meinungsverschiedenheit obwalte. Oesterreich verlangt im Ganzen 125 Millionen italienische Lire (Franken), wovon 75 auf den Feldzug vom Jahr 1848 und 50 auf den letzten Feldzug kommen. Die sardinischen Bevollmächtigten ihrerseits bieten nur 60 Millionen an. Um den Streit zu vereinfachen, hat Radezky beschloffen, an das verpfändete Ehrenwort des Königs Viktor Emanuel zu appelliren. Zu diesem Zwecke begab sich

der Ritter Buoncompagni wieder nach Turin zurück, um seinen Monarchen zu einer bestimmten Erklärung zu veranlassen, ob ihm Radezky den Waffenstillstand von Novara anders bewilligte, als unter der ausdrücklichen und unerlässlichen Bedingung, daß Sardinien alle von Oesterreich amtlich bescheinigten Kriegskosten zu ersetzen habe. Da nun Oesterreich nach den erhobenen Rechnungen die besagte Ziffer von 125 Millionen eher zu nieder, als zu hoch gegriffen hat, so ist König Viktor Emanuel offenbar gebunden, sein Wort zu halten.

Nichtsdestoweniger behauptet man in unsern diplomatischen Kreisen, Oesterreich werde von seinen Forderungen noch Etwas nachlassen, weil der Stand der sardinischen Finanzen solche Geldopfer jetzt nicht zu erschwingen vermag. Wahrscheinlich hat man die Ziffer von 125 Millionen nur darum in die Unterhandlung gebracht, um durch den wirklichen Kostenaufwand darzutun, welches Opfer Oesterreich der Erhaltung des Weltfriedens bringt, wenn es seine rechtlich begründeten Forderungen an den König von Sardinien freiwillig zu ermäßigen geneigt ist. Allein ein Anderes ist es, aus freien Stücken sich großmüthig zu erweisen, ein Anderes, sich es abzwängen zu lassen.

Sollte man in Turin diesen Unterschied verkennen, so droht Radezky freilich Alessandria zu besetzen, bis über die Entschädigungsfrage aus Wien eine bestimmte Erledigung erfolgt seyn wird. Der österreichische Marschall wittert gewisse diplomatische Intriken. Namentlich soll Lord Abercomby sehr empfindlich darüber seyn, daß Oesterreich den englischen Diplomaten nicht weiter in den italienischen Angelegenheiten herumwühlen lassen mag. England möchte sich gerne den wohlfeilen Anschein geben, als ob es durch seinen Einfluß den Betrag der Kriegsteuer, welche Oesterreich begehrt, heruntergestimmt hätte. Radezky aber, der Dies durchschaut, will von einer brittischen Vermittlung Nichts wissen, und setzt den Stänkerien der fremden Diplomatie seine bekannte Willensfestigkeit entgegen, die denn der Parteigeist auszubeuten sucht, um die alten Antipathien gegen Oesterreich anzufachen. Im Grunde genommen kommt übrigens Radezky mit Viktor Emanuel besser zu recht, als mit ungebildeten Mittelspersonen, und darum zweifeln gut Unterrichtete nicht im mindesten daran, daß die in Mailand gepflogenen Unterhandlungen zu einem baldigen Abschluß des Friedens zwischen Oesterreich und Sardinien führen werden.

Vermischte Nachrichten.

Die Welt, scheint es, will in der That angelogen seyn; wenigstens in Italien. So erzählt ein Schreiben aus Venedig, wie man die dortigen Republikaner (es sind auch deutsche Apostaten dabei) während des kurzen piemontesischen Feldzugs blau anlauen ließ. Am 29. März hieß es: „Die Piemontesen sind in Pavia und Parma, Radezky geschlagen, aus Novara in der Nacht vom 24. verdrängt, 3000 todt und verwundete Oesterreicher, 28 Stabsoffiziere todt, der Sieg jedoch ungewiß.“ 30. März: Bestätigung des Obigen; „7000 Gefangene; Erzherzog Albrecht todt; seit Marengo kein so blutiger Sieg mehr.“ Diese Nachricht zu bezweifeln, wäre eine sehr gefährliche Sache gewesen. Endlich wird Manin herausgerufen. An seiner Stelle erscheint ein Anderer und erklärt, Manin sey bettlägerig, die Regierung habe keinen offiziellen Bericht über den Sieg. Man erhaunt, fängt an zu zweifeln. Da kommt endlich am 31. die grausame Enttäuschung. Die Bestätigung ist um so größer, als Tags vorher Alles im Siegestaumel schwamm. Manin spricht zum Volk, sucht es zu trösten. Abends 7 Uhr noch einmal großer Freudentaumel. Auf offener Straße werden Briefe verlesen, die einen neuen, am 26. errungenen Sieg der Piemontesen melden; „16,000 todt Oesterreicher bedecken das Schlachtfeld, bei 40,000 Verwundete und Gefangene, und der Rest von 25,000 Mann ist so eingeschlossen, daß sie sich ergeben müssen, mögen sie wollen oder nicht, gleich einem mit brennenden Kohlen umgebenen Storpion.“ Hierauf folgte dann die letzte „Enttäuschung“; aber die Leute haben sich schon so oft anlügen lassen, daß auch für das nächste Mal wieder eine gläubige Hingebung in Aussicht steht.

Briefe aus Salonich, wie man aus Konstantinopel vom 4. April meldet, klagen über fortdauernde, ganz außergewöhnliche Strenge des Winters. Die Bäume litten sehr; nicht bloß Schaafe, auch Pferde und Kameele erfroren. Auch in Dreta lag sehr viel Schnee; in der Gegend von Skafia erfroren gegen 100 Stück Schaafe und Ziegen. Die Olivenbäume brachen unter der Last des Schnees.

Karlstrüher Witterungsbeobachtungen.

Am 30., 31. März.	Abends 9 U.	Morg. 7 U.	Mitt. 2 U.
Luftdruck red. auf 10° R.	27°5.5	27°7.0	27°7.6
Temperatur nach Reaumur	7.4	3.8	12.5
Feuchtigkeit nach Prozenten	0.70	0.51	0.50
Wind und Stärke (4=Sturm)	ND°	E°	SB°
Bewölkung nach Zehnteln	0.7	0.7	0.2
Niederschlag Par. Kub. Zoll.	—	—	—
Berdunstung Par. Zoll Höhe	—	—	0.39
Dunstdruck Par. Lin.	2.6	2.3	2.9
30. März.	ddr. trüb.	durchb. trüb.	untb. heiter.
Therm. min.	1.2	—	—
„ max.	12.7	—	—
„ med.	7.1	—	—
31. März.	—	—	—
Therm. min.	2.7	—	—
„ max.	13.1	—	—
„ med.	7.7	—	—

Redigirt und verlegt von Dr. Friedrich Gieshe.

B.672. In der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe ist nun vollständig zu haben:

Zeichnungen zu dem Exercirreglement für die Infanterie, versehen mit den nöthigen Kommando's. 30 Tafeln. Quart. Preis 1 fl. 30 fr. Daraus einzeln:

Soldaten- und Zugunterricht. Preis 24 fr.

Kompagnie- und Bataillonsunterricht. Preis 36 fr.

Bewegungen in vereinigten Bataillonen. Preis 36 fr.

B.700. [2]1. Karlsruhe. Mineralwasser,
Emscher,
Selterfer,
Langenbrücker,
Griesbacher,
Mergentheimer,
Petersthaler,

sind in frischer Füllung angekommen bei
C. F. Bierordt.

B.701. Karlsruhe. Holl. Winterlachs,

Westphälische Schinken, Veroneser Salami, Göttinger, Braunschweiger Cervelat-Würste etc. empfiehlt in bester Waare
C. Arleth.

B.663. [2]2. Karlsruhe. Logisvermietung.

Ed. der Amalien- und Karlsstraße Nr. 19 ist der zweite Stock zu vermieten, bestehend in einem Salon und 5 ineinandergehenden, tapezerten, und sämtlich beheizbaren Zimmern, Küche, 2 Speisekammern, Keller, Holzplatz, nebst sonstigen Bequemlichkeiten, und kann sogleich oder auf den 23. Juli bezogen werden.

B.686. [2]1. Badenweiler. Die Molkenanstalt in Badenweiler

wird mit dem 1. Mai wieder eröffnet.
B.695. Zu Mühlburg bei Karlsruhe, im Laufe Nr. 98, liegen 53 Stück abgetrocknete rothe Ochsenhäute im Ganzen oder in 2 Abtheilungen zu verkaufen.

B.688. [2]1. Heinsheim, Bezirksamt Mosbach. Mastvieh-Verkauf.

Am Montag, den 7. Mai d. J., Vormittags von 10 Uhr an, werden 24 Ochsen und 20 Rinder, ganz fette Waare, an die Meistbietenden verkauft, wozu ich Liebhaber hiedurch höflich einlade.
Heinsheim, den 23. April 1849.

Johann Muth. B.647. [2]2. Labr. Zu verkaufen.

Unterzeichnete ist genehmigt, ihren eigenthümlichen, nächst bei der Stadt an der Landstraße nach Freiburg gelegenen sogenannten Stadtziegelhof nebst den dazu gehörigen Oekonomiegebäuden entweder aus freier Hand, bei sehr günstigen Zahlungsfristen, zu verkaufen, oder

Montag, den 7. Mai d. J., Nachmittags 2 Uhr, im hiesigen Rathhause versteigert zu lassen.
Labr, den 23. April 1849.

Job. Jakob Schöpfer's Wittwe. B.631. [3]3. Karlsruhe. Für Kaufleute.

In einer Amtsstadt des Mittelrheinkreises ist ein zweistöckiges, von Stein erbautes Wohnhaus an der Hauptstraße, worin seit mehreren Jahren ein Spezerei-, Eisen-, und Langenwarengeschäft mit bestem Erfolg betrieben wird, aus freier Hand zu verkaufen. Auch können die vorräthigen Waaren und Ladeneinrichtung käuflich übernommen werden.

Dieses Etablissement, welches in einer der schönsten und lebhaftesten Gegenden des Großherzogthums sich befindet, enthält zwei Magazine, eine geräumige Hofreuthe und Oekonomiegebäude. Alle Gebäulichkeiten sind von Stein erbaut. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

B.654. [2]2. Freiburg i. Br. Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen, die Gasbeleuchtung in hiesiger Stadt einzuführen.
Die Unternehmer, welche hierauf reflectiren wollen, mögen ihre Anerbieten mit ausführlichen Preisbestimmungen, und weitem Bedingungen, unter welchen sie alle zu diesem Unternehmen nöthigen Einrichtungen etc. zu treffen genehmigt sind, binnen 3 Monaten portofrei an den einreichen.

Freiburg im Breisgau, den 13. April 1849.
Der Gemeinderath.

B.651. [3]3. Nr. 626. Ludwigsalme Nappenan. Bekanntmachung.

Dem öfteren Verlangen nach ganz reinem Tafelsalz zu entsprechen, wird diese Salzsorte nun bei hiesiger Saline fabriktirt, und in Paqueten zu einem Pfund verpackt — das Paquet um sieben Kreuzer abgegeben.
L. S. Nappenan, den 21. April 1849.
Großh. bad. Salinendirektion.
M a l e r.

B.702. In der Unterzeichneten ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in Karlsruhe durch die Herder'sche Buchhandlung:

Karte von Dänemark mit den Herzogthümern Schleswig, Holstein, und Lauenburg
in 6 Blättern. Mit roth eingedruckten Straßen, Ortspositionen und Grenzen. Entworfen und bearbeitet im Maasstabe 1.500,00 von Dr. J. C. Wörl. Preis 3 fl. 36 fr.
Herder'sche Verlagsbuchhandlung.

B.669. [3]1. Darmstadt.

Main-Neckar-Eisenbahn.



Fahr-Ordnung für den Sommerdienst 1849. Vom 1. Mai anfangend.

I. Fahrten in der Richtung von Heidelberg nach Frankfurt. II. Fahrten in der Richtung von Frankfurt nach Heidelberg.

Stationen:	Personen-Züge:							Güter-zug.	Stationen:	Personen-Züge:						
	I.		II.		IV.		VI.			VIII.		XIII.		XII. **		
	Morgen.	Nachm.	Morgen.	Nachm.	Morgen.	Nachm.	Morgen.			Nachm.	Morgen.	Nachm.	Morgen.	Nachm.	Morgen.	Nachm.
Heidelberg	Abgang	6-9	9-12	1-4	4-7	8-11	11-12	7-9	Frankfurt	Abgang	7-11	11-3	3-6	6-8	8-12	
Friedrichsfeld	Abgang	6-20	9-20	1-20	5-20	8-20	7-57	7-57	Langen	Abgang	7-32	11-28	3-28	6-32	8-28	
Ladenburg	Abgang	6-29	9-29	1-29	5-29	8-29	8-12	8-12	Arheilgen	Abgang	7-46	11-42	3-42	6-46	8-42	
Großsachsen	Abgang	6-38	9-38	1-38	5-38	8-38	8-25	8-25	Darmstadt	Abgang	8-11	11-57	3-57	7-11	8-51	
Weinheim	Abgang	6-50	9-50	1-50	5-50	8-50	8-44	8-44	Eberstadt	Abgang	8-11	12-8	4-8	7-11	9-8	
Demobach	Abgang	6-58	9-58	1-58	5-58	8-58	8-57	8-57	Bienbach	Abgang	8-22	12-19	4-19	7-22	9-19	
Peppenheim	Abgang	7-8	10-8	2-8	6-8	9-8	9-14	9-14	Zwingenberg	Abgang	8-29	12-26	4-26	7-29	9-26	
Wenheim	Abgang	7-17	10-17	2-17	6-17	9-17	9-30	9-30	Wenheim	Abgang	8-39	12-36	4-36	7-39	9-36	
Zwingenberg	Abgang	7-27	10-27	2-27	6-27	9-27	9-43	9-43	Peppenheim	Abgang	8-48	12-45	4-45	7-48	9-45	
Bienbach	Abgang	7-34	10-34	2-34	6-34	9-34	9-53	9-53	Demobach	Abgang	8-58	12-55	4-55	7-58	9-55	
Eberstadt	Abgang	7-48	10-48	2-48	6-48	9-48	10-13	10-13	Wenheim	Abgang	9-8	1-5	5-8	8-8	11-8	
Darmstadt	Abgang	5-30	8-5	1-5	3-5	7-5	10-2	11-51	Großsachsen	Abgang	9-18	1-15	5-15	8-18	11-15	
Arheilgen	Abgang	5-39	8-14	1-14	3-14	7-14	10-2	11-51	Ladenburg	Abgang	9-29	1-27	5-27	8-29	11-27	
Langen	Abgang	5-52	8-26	1-27	3-27	7-27	10-22	12-25	Friedrichsfeld	Abgang	9-38	1-36	5-36	8-38	11-36	
Frankfurt	Ankunft	6-13	8-48	1-48	3-48	7-48	10-42	1-1	Heidelberg	Ankunft	9-56	1-54	5-54	8-56	12-54	

III. Fahrten von und nach Mannheim, in direktem Anschlusse an obige Züge der Main-Neckar-Eisenbahn.

Stationen:	Morgen.	Nachm.	Morgen.	Nachm.	Morgen.	Nachm.
Mannheim	Abgang	6-9	1-9	5-9	8-9	6-9
Friedrichsfeld	Ankunft	6-16	9-16	1-16	5-16	8-16
Friedrichsfeld	Abgang	9-36	1-36	5-36	8-36	6-36
Mannheim	Ankunft	9-53	1-51	5-51	8-53	6-53

Die Fahrt XII. von Heidelberg und Mannheim nach Frankfurt findet nur an den Sonntagen statt.
Die Fracht-Güter, welche nicht als Eilgut aufgegeben sind, werden in der Richtung von Heidelberg resp. Mannheim nach Frankfurt am Dienstag, Donnerstag und Samstag, und in der Richtung von Frankfurt nach Heidelberg resp. Mannheim am Sonntag, Montag, Mittwoch und Freitag befördert.
Mit den Güter-Zügen XI. und XII. werden zugleich Personen in III. und IV. Wagen-Klasse befördert.
Darmstadt, im April 1849.

Die Direktion der Main-Neckar-Eisenbahn.

B.694. Rotenfels. Nachruf.

Seute Schied aus unserer Mitte Herr Dekan und Pfarrer Beder, um sich nach seiner neuen Pfarrei Roth zu begeben.
Während seines 13jährigen segensreichen Wirkens daber erwarb er sich die volle Hochachtung, Anhänglichkeit und Liebe seiner Pfarrkinder. Er war ein ausgezeichneter Seelenhirt, dem sein Beruf stets warm am Herzen lag.
Seine durch den Vikar an die Pfarrgemeinde gerichteten Abschiedsworte riefen ein allgemeines lautes Schluchzen um den theuern Seelenhirten hervor; sein Scheiden rief unsern Herzen eine tiefe Wunde.
Der Himmel möge dem Edlen Lohnen und ihm noch recht lange zum Segen seiner schigen Gemeinde wirken lassen; unsere Herzen werden stets von Dank gegen ihn erglänzen; sein Andenken uns unvergesslich bleiben.

Mehrere Bürger der Pfarrei.
B.693. Karlsruhe. Erledigte Stellen.

Mehrere Beamten- und Gehilfenstellen sind auf den 1. Juli und 1. Oktober d. J. zu besetzen durch das Anmeldebureau von Apotheker Riegel in Karlsruhe.

B.661. [3]2. St. Gallen. Erledigte Stelle.

Es ist an der Industriehochschule in St. Gallen (Schweiz) die Professur der technischen Chemie und der Mathematik erledigt. Die Anmeldungen für diese Stelle sind bis spätestens Ende Mai dieses Jahres an den Präsidenten des Schulraths, Herrn Dekan und Stadtpfarrer Wirth, mit Zeugnissen über wissenschaftliche Tüchtigkeit und sittlichen Charakter, einzugeben. Die wöchentliche Stundenzahl des Unterrichts beträgt 24 bis 27 Stunden, und der jährliche fixe Gehalt ist 1100 Gulden, R. V. (ohne Wohnung). Die Aspiranten in einer polytechnischen Anstalt gebildet worden, auch schon als Lehrer in einer Industriehochschule gewirkt haben, und mit Rücksicht auf die Chemie im Laboriren wohl geübt seien.

Ramens der Industriehochschule-Kommission.
Das Aktuarat derselben.
B.583. [3]3. Diersburg, Oberamts Offenbura. Liegenschafts-Versteigerung.

In Sachen mehrerer Gläubiger gegen Andreas Damm, Bürger in Oberarmersbach, Forderung betreffend, werden in Folge richterlicher Verfügungen vom 30. Juni 1847, Nr. 22,627, 20. Mai, Nr. 10,549, 26. September 1848, Nr. 25,383, 26. Januar, Nr. 3126, und 24. Februar d. J., Nr. 6776, dem Beklagten seine sämmtlichen Liegenschaften in hiesiger und Niederschöpsheimer Gemarkung am

Mittwoch, den 23. Mai d. J., Nachmittags 1 Uhr, im Lindenwirthshause dahier im Vollstreckungswege mit dem Anfügen öffentlich versteigert, das sich fremde Steigerer mit legalen Vermögens- und Leumundzeugnissen auszuweisen haben, und das der Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis oder darüber geboten wird.

Beschreibung der Liegenschaften.
1. Schätzungspreis.
Eine anderthalbhöckerige Behausung mit Scheuer, Stallung, Schopf, Waschkhaus, und Zugehörde, nebst ca. 1 Sester Hausplatz, Hofraute und Gemüsegarten im Hintertal, ringsherum sich selbst

1200 fl.

B.690. [2]1. Sindheim. Holzversteigerung.

Neubaus. Am Montag, den 7. und Dienstag, den 8. Mai d. J., jedesmal früh 8 Uhr anfangend, werden in dem Forstdistrikt Melkslag in der Nähe der Steinsfurter Gränze

162 Klafter buchenes Scheitholz,
13 " Eichenholz,
10 " gemischtes Holz,
35 " Stumpen, und
14,200 Stück buchenes Wellen, sodann einige Eichstämme öffentlich versteigert, wozu die Steigliebhaber eingeladen werden.

Sindheim, den 24. April 1849.
Freiwillig v. Degensfeld'sches Rentamt.
Fleischmann.

B.619. [3]2. Rastatt. Holzversteigerung.

Am Montag, den 30. d. M., Morgens von 8 Uhr

Druck der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

bis nach Beendigung, läßt die Stadtgemeinde Rastatt im Niederwalschlage
300 Klafter gemischtes (Eichen, Erlen, fortlebendes und hainbüchendes) Scheit- und Prügelholz gegen baare Bezahlung in öffentlicher Versteigerung erwerben. Die Zusammenkunft ist bei der Walthütte und der Anfang zur bezeichneten Stunde.
Rastatt, den 18. April 1849.
Der Gemeinderath.
Sallingner. vdt. Ortsh.

B.699. [2]1. Nr. 1714. Rastatt. Bau-Afford-Vergebung.

Die Arbeiten für die Einrichtung des alten Amtshauses in Baden zum Lokale für das Oberamtsgericht überschlagen im Ganzen zu 225 fl., sollen im Soumissionenwege in Afford gegeben werden.
Die zur Uebernahme der Maurer-, Zimmermanns-, Schreiner-, Schlosser-, Glaser-, Anstreicher- und Schieferdeckerarbeiten lasttragenden Handwerksmeister haben ihre Angebote, um welche sie die Arbeiten übernehmen wollen, mit der Ueberschrift „Soumission für die Einrichtung des alten Amtshauses in Baden betriebsfähig“, versehen auf die große Amtskasse Baden längstens bis

Mittwoch, den 9. Mai l. J., Morgens 10 Uhr, abzugeben. Später einkommende Soumissionen können nicht mehr berücksichtigt werden.
Der Plan, Ueberschlag und die Bedingungen liegen bis dahin auf dem Geschäftszimmer großer Amtskasse Baden zur Einsicht auf.
Rastatt, den 24. April 1849.
Großh. bad. Bezirksbauinspektion.

B.653. [2]2. Nr. 3875. Karlsruhe. (Aufforderung.) Wer an den Nachlass des zu Jlema verstorbenen Großvaters, Gebaltherr-Rittmeisters Bernhard Freiherrn von Seldeneck aus irgend einem Grunde eine rechtmäßige Forderung zu machen hat, sollte längstens

innerhalb acht Tagen bei Affidenten Süß, Herrensstraße Nr. 8, dahier anmelden, widrigenfalls dieselbe bei der vorzunehmenden Verlassenschafts-Auseinandersetzung nicht berücksichtigt werden kann.
Karlsruhe, den 21. April 1849.
Großh. bad. Stadtamts-Revisorat.
B a u e r.

B.635. [3]2. Nr. 9347. Engen. (Strafverkenntnis.) Nachdem sich Kanonier August Ehrenspurger von Engen auf die öffentliche Aufforderung vom 10. Februar d. J., Nr. 871, seither weder dahier noch bei seinem Kommando gestellt hat, so wird er nunmehr der Desertion für schuldig, des Ortsbürgerrechts verlustig erklärt, und vorbehaltlich seiner persönlichen Beschrafung im Betretungsfalle in eine Geldstrafe von 1200 fl. verurteilt.
Engen, den 19. April 1849.
Großh. bad. Bezirksamt.
Zincken.

B.667. [2]2. Karlsruhe. (Dienstvertrag.) Auf dienstlichem Bureau wird die zweite Gehilfenstelle mit einem jährlichen Gehalte von 400 fl. vakant und der Platz kann sogleich, oder binnen 3 Monaten besetzt werden. Die Herren Kameralpraktikanten und Assistenten wollen sich, unter Anfügen ihrer Zeugnisse, baldmöglichst hier melden.
Karlsruhe, den 23. April 1849.
Großh. bad. Domänenverwaltung.
Dr. Herrmann.

Mit einer Anzeigenbeilage und einer Extrabeilage „An die Arbeiter.“